



# Republikfluchten von Lehrern im Jahr 1956

13. August 1956

Republikfluchten von Lehrern im Jahre 1956 [Information Nr. M133/56]

## Quelle

BStU, MfS, AS 82/59, Bd. 1a, Bl. 127–142 (5. Expl.).

## Serie

Informationen.

## Verteiler

KGB Berlin-Karlshorst (»Freund«) – MfS: Mielke, Last, Beater, SED-KL im MfS, Ablage.

## Bemerkungen

Inhaltsübersicht mit Seitenangaben nicht wiedergegeben.

Das Ansteigen der Republikflucht von Lehrern in den ersten Monaten des Jahres 1956 gab verschiedentlich Kommissionen Anlass zur Untersuchung der Ursachen. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen zeigten, dass die Ursachen sehr verschiedenartig sind und in den meisten Fällen nicht verallgemeinert werden können.

*I. Die Republikfluchten der Lehrer in den Monaten Januar bis Mai 1956*

Im Vergleich zum Vorjahr zeigen die Republikfluchten von Lehrern in den Monaten Januar bis Mai 1956 folgendes Bild:

Monat	1955	1956
Januar	129	277
Februar	137	276
März	120	153
April	129	311
Mai	181	156

Davon waren Lehrer an:

[Schulart]	Januar	Februar	März	April	Mai	Gesamt
Universitäten	10	6	–	7	1	24
Oberschulen	–	–	–	–	1	1

Mittelschulen	27	20	17	40	14	118
Volksschulen	184	201	141 <sup>1</sup>	205 <sup>2</sup>	110	841 <sup>3</sup>
Fachschulen	56	49	35	59	30	229
Gesamt <sup>4</sup>	277	276	193 <sup>5</sup>	311	156	1 213 <sup>6</sup>

Die Republikfluchten [1956] von Lehrern in den Bezirken:

Bezirk	Januar	Februar	März	April	Mai	Gesamt
Rostock	14	16	6	16	6	58
Schwerin	4	11	10	14	6	45
Neubrandenburg	17	12	7	11	16	63
Potsdam	30	30	28	34	17	139
Frankfurt/O.	3	10	5	9	6	33
Cottbus	10	10	3	10	3	36
Magdeburg	25	33	12	37	11	118
Halle	40	19	17	48	15	139
Erfurt	32	37	7	31	18	125
Gera	7	14	4	9	6	40
Suhl	9	2	45	2	2	60
Dresden	32	19	10	30	24	115
Leipzig	20	22	13	11	6	72
Karl-Marx-Stadt	16	26	7	22	11	82
Berlin	15	12	19	24	8	78
Gesamt:	274	273	193	308	155	1 203

Sämtliche Zahlen enthalten auch die Republikfluchten aus den Vormonaten, die jeweils im Berichtsmonat bekannt wurden.  
Republikfluchten von Volksschullehrern<sup>7</sup>

Bezirk	Januar	Februar	März	April	Mai	Gesamt
Rostock	8	15	5	11	5	44
Schwerin	3	10	6	14	4	37
Neubrandenburg	13	8	7	8	11	47
Potsdam	19	22	20	20	13	94
Frankfurt/O.	2	4	1	7	3	17
Cottbus	9	9	2	5	1	26
Magdeburg	17	29	8	22	5	81
Halle	25	18	12	31	12	98
Erfurt	22	20	5	18	10	75
Gera	2	10	4	4	4	24
Suhl	8	1	3	2	2	16
Dresden	24	16	45 <sup>8</sup>	24	22	131 <sup>9</sup>
Leipzig	9	12	6	6	3	36
Karl-Marx-Stadt	13	19	6	8	9	55
Berlin	10	8	11	15	6	50
Gesamt:	184	201	141	195 <sup>10</sup>	110	831

Bei den Republikfluchten der Volksschullehrer fallen besonders die folgenden Bezirke als Schwerpunkte auf:

- Halle mit 98 Republikfluchten,
- Potsdam mit 94 [Republikfluchten],<sup>11</sup>
- Dresden mit 131 [Republikfluchten],<sup>12</sup>
- Magdeburg mit 81 [Republikfluchten],
- Erfurt mit 75 [Republikfluchten],
- Karl-Marx-Stadt mit 55 [Republikfluchten]

in den Monaten Januar bis Mai 1956.

In den restlichen Bezirken liegen die Zahlen unter 50. Hierbei ist zu bemerken, dass im Mai gegenüber dem Vormonat ein wesentliches Absinken der Republikfluchten zu verzeichnen ist. So gingen die Republikfluchten im Mai gegenüber dem Vormonat im Bezirk

- Halle von 31 auf 12 Volksschullehrer,
- Potsdam von 20<sup>13</sup> auf 13 Volksschullehrer,
- Dresden von 24 auf 22 Volksschullehrer,
- Magdeburg von 22 auf 5 Volksschullehrer,
- Erfurt von 18 auf 10 Volksschullehrer,
- Berlin von 15 auf 6 Volksschullehrer,
- Schwerin von 14 auf 4 Volksschullehrer

zurück.

## II. Ursachen der Republikflucht von Lehrern

Die Ursachen der Republikflucht bei Lehrern liegen hauptsächlich in der fachlichen und gesellschaftlichen Überlastung, worüber in Lehrerkreisen sehr oft diskutiert wird. Weitere Ursachen sind in Gehaltsfragen zu sehen, wo verschiedentlich Vergleiche zu den Lehrergehältern in Westdeutschland gezogen werden. Neben sonstigen Verärgerungen, wie Versetzungen, Wohnraumschwierigkeiten und ähnlichen Gründen, spielen auch verwandtschaftliche Beziehungen nach Westdeutschland eine erhebliche Rolle. Bei einem weiteren Teil bestehen Verbindungen oder Beziehungen zu Bekannten oder zu bereits republikflüchtigen Kollegen, wobei die vorerwähnten Faktoren diese Verbindungen zur Beeinflussung zur Republikflucht wirksam werden lassen.

### a) Republikfluchten aus negativer Einstellung zu unserem Arbeiter- und Bauernstaat

Bei einem Teil von Lehrern ist als Motiv zur Republikflucht ihre negative Einstellung zu unserem Arbeiter- und Bauernstaat zu betrachten. Hierbei zeigt sich oft, dass sie mit der Ordnung unserer neuen demokratischen Schule nicht einverstanden sind und Verbindungen nach dem Westen unterhalten.

Aus dem Bezirk Halle wird folgender Grund für die starke Republikflucht angegeben: Das Stadt- und Kreisschulamt Halle war seit 1946 mit Schulräten besetzt, die aus der SPD kamen. Hier ist besonders der ehemalige Schulrat *Tewes*<sup>14</sup> zu nennen, der heute im Ostbüro der SPD in Hannover tätig ist. Lehrer, die in anderen Bezirken wegen kaderpolitischer Mängel keine Anstellung fanden, wurden von diesen SPD-Schulräten in Halle in den Schuldienst eingestellt. Diese Lehrer zeigten sich in der letzten Zeit den erhöhten politischen Anforderungen der demokratischen Schule nicht gewachsen und gingen deshalb nach Westdeutschland.

Von der Fachschule Wildau, [Kreis] Königs Wusterhausen, [Bezirk] Potsdam, wurde der Direktor Dr. *Steger* republikflüchtig. In einem Brief teilte er als Grund mit: »... Es ist entsetzlich in einem Staat zu leben, in dem es bereits als Verbrechen gilt, von einem Teil Deutschlands in den andern zu gehen, – wo man gezwungen ist, sich wie ein Verbrecher davonzustehlen. Glauben Sie mir, dass ich furchtbar mit mir selbst gekämpft habe, bevor ich mich dazu entschloss, mit meiner Familie in die Heimatlosigkeit und Armut zu gehen. Aber es war mir unmöglich, weiter in einem Staat zu leben, in dem eine derartige Gesinnungsknechtschaft besteht. Solange ein Staat die Uniformität der Gesinnung und des Denkens erzwingen will ... solange wird er alle die Menschen verlieren, die noch selbstständig zu denken vermögen und moralisch sich nicht zermürben lassen wollen.«

Studienrat *Erich Rommel*, stellvertretender Direktor der Oberschule Heiligenstadt, [Bezirk] Erfurt, schrieb in einem Brief an den Direktor, »dass er im Westen endlich frei wäre und aufatmen könnte«. U. a. schrieb er: »Die Ferienaktion hätte er noch ausgearbeitet, doch sollte der Direktor die Kinder nicht als Kommunisten erziehen.«

Wegen ihrer negativen Einstellung zu unserem Arbeiter- und Bauernstaat wurden ferner ein Lehrer der 67. Grundschule in Dresden sowie ein Dozent der Fachschule für Schienenfahrzeuge in Görlitz republikflüchtig.

### b) Fachliche und gesellschaftliche Überlastung der Lehrkräfte als Ursache der Republikflucht

Bei der Untersuchung der Republikflucht von Lehrern zeigt es sich, dass bei einem großen Teil der Lehrer Unzufriedenheit über fachliche und gesellschaftliche Überlastung besteht. In Diskussionen wird zum Ausdruck gebracht, dass darin oft die Ursache der Republikflucht zu sehen ist.

So wird z. B. aus dem Bezirk Magdeburg berichtet, dass Friedensräte nur in einigen Schulen gegründet wurden und zu den pädagogischen Kommissionen der Bezirksfriedensräte von 20 geladenen Lehrkräften oft nur fünf erschienen. Die Lehrerin [Name 1] von der Hilfsschule Magdeburg begründet dies mit der Belastung der Lehrkräfte. Sie führt dazu aus: »Neben ihren schulischen Aufgaben, die in ihrem Umfang ständig gewachsen sind, werden ihnen oft Funktionen übertragen. Daher sträuben sie sich oft, auch nur die kleinsten Aufgaben zusätzlich zu übernehmen.« Auch auf dem V. Pädagogischen Kongress in Leipzig<sup>15</sup> sprachen mehrere Diskussionsredner zur Überlastung der Lehrkräfte, wobei der »Verdiente Lehrer des Volkes« *Senkpiel*, Abteilungsleiter beim Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt, Abteilung Volksbildung, sagte: »Herr Minister, befreien Sie uns von der gesellschaftlichen Arbeit.«<sup>16</sup>

Im Einzelnen gibt es unter den Lehrern Missstimmung über ihren Einsatz bei der Viehzählung in der Landwirtschaft, über die zusätzliche Beaufsichtigung von Kindern an Spiel- und Sportnachmittagen und die zusätzliche Durchführung von Versammlungen der Nationalen Front.<sup>17</sup> Zum anderen müssen sich die Lehrer weiterbilden, da die Anforderungen an die Lehrtätigkeit ständig größer werden. So äußerten Lehrer im Bezirk Magdeburg, dass sie dadurch in Konflikt kommen und dass es die Lehrer in Westdeutschland in dieser Beziehung besser haben. Der Lehrer [Name 2] aus Salzwedel, [Bezirk] Magdeburg, sagte zu der Maßnahme, dass die Lehrer eine Zeit an den Sommerferienspielen der Kinder teilnehmen müssen: »Wenn genug Ferienhelfer vorhanden sind, macht die Arbeit Spaß. Aber dies ist in den meisten Fällen nicht so und für die Lehrer ist es eine Strapaze, da die für mehrere arbeiten müssen. Die Weiterentwicklung wird hintenangestellt und eine Erholung findet man in den freien Tagen auch nicht mehr.«

Auch die Einführung der Spiel- und Sportnachmittage verursachte rege Diskussionen unter den Lehrern. So brachten Lehrer auch auf dem V. Pädagogischen Kongress in Leipzig zum Ausdruck, dass sie dadurch mehr belastet würden und keine Zeit für ihre andere Tätigkeit mehr finden. Im Bezirk Leipzig, in den Kreisen Döbeln und Altenburg, treten unter den Pädagogen Forderungen auf, die durch Spiel- und Sportnachmittage entstandenen Überstunden zusätzlich zu bezahlen. Es wurde die Meinung vertreten, »wenn dies nicht bezahlt wird, ist es eine illegale Stundenerhöhung, womit sich die Lehrer nicht einverstanden erklären können, zumal in der Industrie eine Arbeitszeitverringerung eingeführt werden soll«. So wurde z. B. von der Grundschule Zeuthen, [Kreis] Königs Wusterhausen, [Bezirk] Potsdam, der Lehrer [Name 3] republikflüchtig. Er gab an, dass ihm die Arbeit zu viel wird und er besonders politisch zu sehr eingespannt war. Dieselben Gründe führte auch der Lehrer [Name 4] von der Grundschule Eichwalde, [Bezirk] Potsdam, für seine Republikflucht an.

#### *c) Republikfluchten von Lehrern wegen Unzufriedenheit mit Gehaltsfragen*

Verschiedentlich bringen Lehrer zum Ausdruck, dass sie mit ihrem Gehalt unzufrieden sind, wobei Vergleiche zur Bezahlung der Lehrer in Westdeutschland angestellt werden. Dadurch wurden bereits verschiedene Lehrkräfte republikflüchtig.

- So verließ die Lehrerin [Vorname Name 5] von der 2. Grundschule Luckenwalde, [Bezirk] Potsdam, die DDR. Als Grund führte sie an, dass sie als Lehrkraft für die 1. bis 5. Klasse geführt und bezahlt wurde, aber in den Klassen 6 bis 8 unterrichten musste. Als sie Anspruch auf ein höheres Gehalt stellte, wurde ihr erklärt, dass dies nicht gezahlt werden kann, da die vorgesetzte Dienststelle die Einstufung vorgenommen hat.
- Aus Salzwedel, [Bezirk] Magdeburg, wurde das Lehrerehepaar [Vorname 1] und [Vorname 2 Name 6] republikflüchtig. Der Schulleiter in Salzwedel gibt dazu an, dass die Republikfluchten darauf zurückzuführen sind, dass die Gehälter der Lehrer in Westdeutschland verbessert worden seien und teilweise höher liegen als die in der DDR.
- Der Studienrat [Name 7] von der Heinrich-Mann-Oberschule Gotha, [Bezirk] Erfurt, äußerte vor seiner Republikflucht, dass er in Westdeutschland ca. 150 DM mehr verdienen würde.
- Die Lehrerin [Vorname Name 8] von der Berufsschule Mühlhausen, [Bezirk] Erfurt, verließ die DDR und gab an, sie könne in Westdeutschland besser leben und bekäme dort als Lehrerin 700 DM und für jedes ihrer beiden Kinder 70,00 DM.
- Ein Lehrer der Oberschule Erfurt, der nach Westdeutschland ging, vergleicht die Einkünfte eines Studienrates in Westdeutschland mit seinem Einkommen in der DDR. Zu der errechneten Differenz vertritt er die Meinung, dass er für diesen Verlust schon zwei Volkswagen hätte kaufen können.

Bei Diskussionen über Ursachen der Republikfluchten an der Schliemann-Oberschule in Berlin brachten die Lehrer zum Ausdruck, »dass es den Lehrern in Westdeutschland viel besser geht als in der DDR. Dort seien die Gehälter bedeutend höher und sie könnten sich wesentlich mehr leisten.« Weiter sagten sie, dass dort viele Oberschullehrer sich eine Fahrt nach der Schweiz, Italien, England oder Frankreich für die Hälfte ihres Monatsgehaltes leisten könnten und bei uns die Lehrer nicht einmal in die Volksdemokratien reisen können.

#### *d) Republikfluchten von Lehrkräften aus Angst vor Entlassungen*

Als eine der Ursachen der Republikflucht von Lehrern kann die Sorge um die zukünftige Arbeitsstelle angesehen werden. Vor allem bei den älteren Lehrkräften besteht eine gewisse Unsicherheit, da sie die Meinung vertreten, wenn genügend junge Kräfte vorhanden sind, entlassen zu werden. So äußerte die Lehrerin [Name 9] von der Grundschule Luckenwalde, [Bezirk] Potsdam, vor ihrer Republikflucht, dass sie befürchtet, wenn genügend junge Kräfte vorhanden sind, entlassen zu werden. Die gleiche Ursache führte die Lehrerin [Name 10] von der Grundschule Trebbin, [Bezirk] Potsdam, für ihre Republikflucht an.

Unzufriedenheit und Unsicherheit besteht bei den älteren Lehrern auch über die Verfügung 131/56 des Ministeriums für Volksbildung betr. Planstellenkündigung von Lehrern ohne Mittelstufenqualifikation, die in Mittelstufen unterrichten.<sup>18</sup> So wurden, um Lehrer für die Unterstufen zu erhalten, Lehrkräfte mit Unterstufenausbildung, die in der Mittelstufe unterrichten, gekündigt. Nach der Kündigung wurde ihnen ein Anstellungsverhältnis als Unterstufenlehrer angeboten. Der Kaderleiter Rückert<sup>19</sup> vom MfV vertrat dazu die Meinung, dass man mit diesen Lehrern hätte sprechen müssen und sie ohne diese formale Kündigung, durch Überzeugung für eine Tätigkeit in der Unterstufe [hätte] gewinnen sollen.<sup>20</sup> Lehrer aus dem Kreis Oschatz, [Bezirk] Leipzig, äußerten dazu, dass sie ja auch zwei Prüfungen ablegen müssten und in allen Fächern entsprechend ihren Zeugnissen die Lehrerbefähigung besitzen. Der Direktor Hänel<sup>21</sup> von der Zentralschule Belgershain, [Kreis] Grimma, [Bezirk] Leipzig, äußerte, dass diese Verfügung einer Diskriminierung gleichkomme.

#### *e) Republikfluchten von Lehrern, die in der DDR keine persönliche Weiterentwicklung sehen oder die durch Versetzungen, Wohnraumschwierigkeiten oder ähnliche Dinge verärgert sind*

Von einem Teil der republikflüchtigen Lehrer wird angegeben, dass sie ihre Kenntnisse nicht mehr verwenden können und daher für sich keine Weiterentwicklung in der DDR sehen. So wurde z. B. von der Oberschule Weißenfels, [Bezirk] Halle, ein Lehrer flüchtig und gab an, dass er als Sprachlehrer für Englisch und Französisch keine Betätigung hat. Der Studienrat [Vorname Name 11] von der Lessing-Oberschule Erfurt schrieb nach seiner Republikflucht: »... seit vielen Jahren sehe ich aber auch die Möglichkeit, in meinem Spezialfach Latein zu unterrichten, immer mehr schwinden. Meine Kenntnisse und Fähigkeiten auf diesem Gebiete sind ungenutzt. Vielleicht regt mein Weggehen zum Nachdenken an, sodass manchem anderen Kollegen verständnisvoller begegnet wird.«

Vereinzelte Fälle auf, wo Versetzungen eine Ursache der Republikflucht von Lehrern sind. Schulleiter [Vorname Name 12] von der Grundschule Pfaffendorf, [Kreis] Beeskow, [Bezirk] Frankfurt/O., sollte versetzt werden. Da dieser damit nicht einverstanden war, ging er nach Westdeutschland. Der Lehrer [Vorname Name 13] aus Erfurt hatte vom Bahnhof Kölleda täglich 8 km zu Fuß bis zu seiner Arbeitsstätte zurückzulegen. Da seine Ansprüche auf Wohnung von der Gemeinde nicht erfüllt wurden, stellte er den Antrag auf Versetzung nach Erfurt. Aufgrund der Ablehnung seiner Versetzung verließ er die DDR. Der Lehrer [Vorname Name 14] von der Grundschule Kirchgandern, [Kreis] Heiligenstadt, [Bezirk] Erfurt, wollte an die Grundschule Bad Langensalza versetzt werden. Da dieser Versetzung nicht stattgegeben wurde, ging er nach Westdeutschland. Aus dem Bezirk Magdeburg wird dazu berichtet, dass beim Rat des Bezirkes, Abteilung Volksbildung, insgesamt 114 Versetzungsgesuche von Lehrern vorliegen, die nach den Ferien vom Land in die Stadt versetzt werden wollen.

Weitere Ursachen der Republikfluchten von Lehrern liegen in den teilweise schlechten Wohnraumverhältnissen. Zur schlechten Unterstützung durch staatliche Organe in Wohnungsfragen erklärte die Lehrerin [Name 1] aus Magdeburg, dass unter den Lehrern argumentiert wird, sie müssten erst republikflüchtig werden, um in der DDR eine anständige Wohnung zu erhalten. So z. B. wurde der Schulleiter [Vorname Name 15] von der Volksschule Hönigeda, [Kreis] Mühlhausen, [Bezirk] Erfurt, republikflüchtig, da sein Versetzungsgesuch abgelehnt wurde und er Räumlichkeiten bewohnte, die man nicht als Wohnung bezeichnen konnte. Auch bei einem Fachschullehrer der landwirtschaftlichen Berufsschule Jöhstadt,<sup>22</sup> [Kreis] Annaberg, [Bezirk] Karl-Marx-Stadt, waren Wohnraumschwierigkeiten der Grund zur Republikflucht. Andere Gründe der Republikflucht von Lehrern ergeben sich aus unfreundlicher und bürokratischer Behandlung durch Vorgesetzte oder andere staatliche Organe. So wurde der Lehrer [Vorname Name 16] aus Mühlhausen, [Bezirk] Erfurt, republikflüchtig. Er gibt an, dass er durch den Schulleiter laufend schikaniert worden sei, der ihm auch oft eine Kontrollkommission in die Klasse schickte. Durch das ständige Misstrauen habe auch seine Frau, ebenfalls Lehrerin, mit ihm die DDR verlassen. Der Schulleiter der Schule Wenzlow, [Kreis] Brandenburg, [Bezirk] Potsdam, verließ die DDR, da er seit 1946 im FDGB ist und noch keinen Ferienplatz erhalten hat. Der Grundschuldirektor [Name 17] (SED) aus Eldena, [Stadtteil von] Greifswald, [Bezirk] Rostock, wurde in einer öffentlichen Versammlung von einem SED-Mitglied kritisiert, weil er seinen Sohn nicht an der Jugendweihe teilnehmen ließ.<sup>23</sup> In diesem Vorfall sah [Name 17] eine Schädigung seines Ansehens und ging nach Westdeutschland.

Verärgerungen über die Verweigerung der PM 12a<sup>24</sup> sowie unsachgemäße Kontrollen durch die VP führten ebenfalls zur Republikflucht von Lehrern. Eine Lehrerin aus Gera wollte ihre Schwester in Westdeutschland besuchen; da ihr die PM 12a abgelehnt wurde, ging sie illegal und kehrte nicht wieder in die DDR zurück. Die stellvertretende Schulleiterin [Name 18] sowie deren Mann, ebenfalls Lehrer, von der Käthe-Kollwitz-Schule in Halberstadt verließen nach Ablehnung der PM 12a illegal die DDR. Dem Lehrer [Vorname Name 19] von der Grundschule Frankendorf, [Kreis] Wismar, [Bezirk] Rostock,<sup>25</sup> wurden auf der Fahrt nach Berlin seine Sachen durchwühlt und er musste sich ausziehen. Daraufhin habe er beschlossen, die DDR zu verlassen, wie er nachträglich erklärte.

#### *f) Republikfluchten durch Beeinflussung von Verwandten und Bekannten aus Westdeutschland*

Eine nicht geringe Zahl von Republikfluchten der Lehrer steht mit verwandtschaftlichen Bindungen oder Beziehungen zu Bekannten und ehemaligen Berufskollegen in Westdeutschland im Zusammenhang. Während bei einem Teil familiäre Gründe vorliegen, sind [sic!] bei den anderen Republikflüchtigen die Beeinflussung durch die Personen aus Westdeutschland ausschlaggebend.

So ging z. B. die Lehrerin [Vorname Name 20] aus Erfurt zu ihrem geschiedenen Ehemann in Westdeutschland, den sie wieder heiraten will. Auch die Lehrerin [Vorname Name 21] aus Flurstedt, [Kreis] Apolda, [Bezirk] Erfurt, und die Leiterin des Oberschulinternates Sondershausen, [Bezirk] Erfurt, gingen nach Westdeutschland, um dort zu heiraten. Die Lehrerin [Name 22] aus Brandenburg, [Bezirk] Potsdam, ging illegal zu ihrem Verlobten nach Westberlin, da ihr Antrag auf legalen Verzug abgelehnt wurde. Die Lehrerin [Vorname Name 23] aus Halle ging zu ihrem Ehemann, der sich bereits seit einem halben Jahr in Westdeutschland befindet.

Die Lehrerin [Name 24, Vorname] aus Halle ging zu ihrer Schwester, die sich seit einem Jahr in Westdeutschland befindet. Der Turnlehrer [Name 25] aus Rostock war zu Besuch in Westdeutschland. Er teilte dem Direktor der Schule mit, dass er mit seiner Mutter eine Erbschaft erhielt und deshalb nicht zurückkehren wird. Von der Goethe-Schule Zossen, [Bezirk] Potsdam, wurde die Lehrerin [Name 26] republikflüchtig. Die [Name 26] unterhielt Verbindung zu einem Lehrer, der vor ca. zwei Jahren republikflüchtig wurde. Der Volksschullehrer [Vorname Name 27] aus Teltow, [Bezirk] Potsdam, wurde republikflüchtig, nachdem er laufend Westberlin besuchte. Der Lehrer [Name 28] aus Blankenfelde, [Kreis] Zossen, [Bezirk] Potsdam, unterhielt Verbindung zu einem bereits flüchtigen Lehrer dieser Schule und verließ durch dessen Beeinflussung die DDR.

#### *g) Republikfluchten von Lehrern aufgrund krimineller Delikte und unmoralischen Lebenswandels*

Auch unter den Lehrern gibt es Republikfluchten, wo die Betroffenen durch Flucht versuchen sich der Verantwortung für begangene Vergehen zu entziehen oder wo unmoralischer Lebenswandel die Ursache zur Flucht ist. So wurde z. B. die Lehrerin [Name 29] von der Arndt-Schule aus Rostock republikflüchtig, weil sie einen Schüler geschlagen hat<sup>26</sup> und dessen Eltern Strafantrag stellten. Von der Grundschule Brück, [Kreis] Belzig, [Bezirk] Potsdam, wurde der Lehrer [Name 30] flüchtig, da er ein Kind geschlagen hat und ihm ein Disziplinarverfahren angekündigt wurde. Der Grundschullehrer [Name 31] aus Jarmshagen, [Kreis] Greifswald, [Bezirk] Rostock, verließ die DDR, weil gegen ihn ein Strafverfahren [nach] § 175 eingeleitet wurde.<sup>27</sup> Ein Lehrer der 43. Grundschule Dresden sollte versetzt werden, da sein Umgang mit den Kindern in sittlicher Beziehung nicht einwandfrei war. Er wurde aus Angst vor Strafe republikflüchtig. Von der Mädchenschule Brandenburg, [Bezirk] Potsdam, wurde die Lehrerin [Name 32] flüchtig. Die [Name 32] war der lesbischen Liebe verfallen. Die Volksschullehrerin [Name 33] aus Kyritz, [Bezirk] Potsdam, verließ die DDR, da sie ein Verhältnis mit einem verheirateten Berufskollegen unterhielt.

### III. Stellung der Westpresse zu den Republikfluchten von Lehrern

Zum Unterricht an den Schulen der DDR hetzt »Der Tag« vom 15.7.1956: »Bis 1948 hatten es die Lehrer auch in der Sowjetzone nicht allzu schwer. Es wurde wie in Westdeutschland zunächst im Sinne der Reformpädagogik die fortschrittliche ›Arbeitsschule‹ (Gruppenarbeit der Schüler) eingeführt. 1949/50 wurde das Steuer radikal auf die straff geregelte Lernschule sowjetpädagogischer Prägung herumgeworfen, die Schulen wurden politisiert. Etwa zwei Jahre später begann die Abwanderung nach dem Westen.«<sup>28</sup> In dem Artikel wird weiter zum Ausdruck gebracht, dass alle Lehrer aus der DDR in Westdeutschland zwei bis vier Semester »nachstudieren« müssen, ehe sie als westdeutscher Lehrer beginnen können.

Unter der Überschrift: »Man hungert sich durch die Semester« heißt es weiter: »Mit Nebenarbeit an der Volkshochschule ist Hans K. drüben auf netto 650 Ostmark gekommen. Hans Richter auf 600, die ›Spezialistin‹ Hilde M. auf brutto 620 Ostmark. Jetzt sind alle auf 150 DM Bonnhilfe herabgesetzt, wenn sie wieder Lehrer werden wollen. Bei Richter tun es zwei Semester, K. wird mit Frau und zwei Kindern bei 150 DM vier Semester lang hungern müssen. 38 von den 370 Studenten der PH Braunschweig sind ›SBZler‹. Bis 1952 wurden die SBZ-Lehrer von den einzelnen Länderministerien je nach Vorbildung angestellt oder abgelehnt. Das ergab solche Härten, dass die Konferenz der Kultusminister Richtlinien aufstellte: Jeder SBZ-Lehrer ist zu prüfen, hat mindestens zwei Semester nachzuholen und kann dann angestellt werden. Braunschweig machte aus dem »mindestens« drei Semester und in Härtefällen (bei Familienvätern) wurden wie bei Karl Richter zwei Semester für genügend erachtet.«

Es heißt dann weiter: »Es ist aber nicht nur das rein Fachliche, was bei den westdeutschen Professoren Bedenken auslöste. Die SBZler haben sich trotz unserer Distanz dem Einfluss des Systems nicht ganz entziehen können. Sie müssen sich bei uns erst an die Freiheit gewöhnen. Drüben haben sie von 8.00 Uhr früh bis 8.00 Uhr abends eine Sollerfüllung gehabt und sind heute noch teilweise stolz darauf, sie haben einen bis ins letzte ausgefeilten Lehrplan bekommen. Hier haben wir die akademische Freiheit, sie erhalten ein großes Betätigungsfeld zur freien Auswahl angeboten und das macht sie am Anfang krank und hilflos.« Zum Schluss wird angeführt: »Unausgesprochen, aber nicht verheimlicht steckt dahinter auch die Absicht, den Lehrern in der Zone den Wechsel in die Bundesrepublik nicht zu leicht zu machen, weil ein starkes pädagogisches Gefälle nicht im gesamtdeutschen Interesse liege.«

1  
Handschriftlich korrigiert aus »101«.

2  
Hier hat es offenbar einen Übertragungsfehler gegeben: In der nach Bezirken aufgeschlüsselten Tabelle der Volksschullehrer ist für den Monat April »193« bzw. »195« angegeben.

3  
Im Original falsche Summe: »831«, handschriftlich korrigiert aus »801«.

4  
Die Zahlen entsprechen bis auf den Monat März nicht den Summen aus der nach Bezirken aufgeschlüsselten Tabelle unten.

5  
Handschriftlich korrigiert aus »163«.

6  
Im Original: aufgrund der falschen Summe in Zeile 4: »1 203«, handschriftlich korrigiert aus »1 173«.

7  
Die Gesamtzahlen dieser Tabelle entsprechen nicht denen der Zeile »Volksschullehrer« oben.

8  
Handschriftlich korrigiert aus »5«.

9  
Handschriftlich korrigiert aus »91«.

10  
Im Original falsche Summe: »193«.

11

Im Original Übertragungsfehler: »96«.

12

Im Original Übertragungsfehler: »91«, da die entsprechenden Zahlen in der zugrunde liegenden Tabelle nachträglich korrigiert wurden.

13

Im Original Übertragungsfehler: »22«.

14

Heinrich Tewes, Jg. 1901, nach 1945 Schulrat und Angestellter beim Ministerium für Volksbildung in Sachsen-Anhalt.

15

Der V. Pädagogische Kongress der DDR fand vom 15. bis 18.5.1956 in Leipzig statt.

16

Hier liegt eine Verwechslung vor: Johannes Senkpiel, Jg. 1884, war nicht Leiter der Abteilung Volksbildung beim Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt, sondern Direktor der Rochow-Grundschule in Brandenburg (Havel) und 1955 Verdienter Lehrer des Volkes. Als Mitglied des Präsidiums war er zwar auf dem V. Pädagogischen Kongress anwesend, hatte aber ausweislich des Protokolls keinen Redebeitrag. Leiter der Abteilung Volksbildung in Karl-Marx-Stadt war Hans Weissig, der auch auf dem Kongress sprach, dabei aber die Frage der gesellschaftlichen Arbeit dem Protokoll zufolge nicht berührte. Vgl. den Diskussionsbeitrag von Weissig in: Aufgaben und Probleme der deutschen Pädagogik. Aus den Verhandlungen des V. Pädagogischen Kongresses, Leipzig 1956. Berlin 1956, S. 155–159.

17

Die »Nationale Front der DDR«, gegründet 1949 als »Nationale Front des Demokratischen Deutschland«, war ein Zusammenschluss aller politischen Parteien und Massenorganisationen der DDR unter Führung der SED. Sie war insbesondere mit der Vorbereitung der Volkskammerwahlen befasst und stellte die Kandidatenlisten auf.

18

Gemeint ist die Mitteilung E 78 des MfV, Rechtsstelle, v. 11.4.1956 betr. Planstellenkündigung von Lehrern ohne Mittelstufenqualifikation, die in Mittelstufen unterrichten. In: Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Volksbildung, Jg. 1956, S. 99. Dort heißt es: »Bei Lehrern, die für die Unterstufe voll ausgebildet sind, jedoch die zusätzliche Fachlehrerqualifikation für die Mittelstufe nicht besitzen, empfiehlt es sich dringend, das Arbeitsrechtsverhältnis mit ihnen ausdrücklich als Unterstufenlehrer mit dem Recht auf Erteilung des Unterstufenunterrichts abzuschließen. Dabei ist im Vertrag noch der Zusatz zu machen: ›Soweit und solange eine Beschäftigung in der Mittelstufe erfolgt, worauf jedoch kein rechtlicher Anspruch besteht, hat die Vergütung hierfür nach den geltenden Bestimmungen (z. B. Gruppe 4 der Vergütungsverordnung) zu erfolgen.‹ Wenn das Arbeitsrechtsverhältnis derart vereinbart ist, besteht jederzeit die Möglichkeit der Auswechslung nach Bedarf. Eine solche Auswechslung ist natürlich aus den verschiedensten Gründen auf das Äußerste zu beschränken.«

19

Es handelt sich vermutlich um Gerhard Rückert, Jg. 1921, 1951–60 und 1961–84 Mitarbeiter im Ministerium für Volksbildung.

20

Siehe dazu Information [11/56](#).

21

Im Original: »Hähnel«. Rudolf Hänel, Jg. 1905, seit 1954 Direktor der Zentralschule Belgershain.

22

Im Original: »Jöhnstadt«.

23

Die Jugendweihe ist eine freireligiöse oder säkulare Initiationsfeier für Jugendliche, die in der Regel im Alter von 14 Jahren stattfindet. Sie geht in ihren Ursprüngen auf das 19. Jahrhundert zurück und wurde bald von der Arbeiterbewegung aufgegriffen. Nach anfänglicher Ablehnung setzte die SED die Jugendweihe in der DDR ab 1954 als Initiationsfeier neben der christlichen Konfirmation bzw. Firmung mit massivem Druck durch. Die Kirchen erklärten die Jugendweihe dagegen für unvereinbar mit der Teilnahme an der Konfirmation bzw. Firmung. Vgl. Wentker, Hermann: Die Einführung der Jugendweihe in der DDR: Hintergründe, Motive und Probleme. In: Mehringer, Hartmut (Hg.): Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik. München 1995, S. 139–165.

24

Die Pass- und Meldebescheinigung 12a war eine Ersatzbescheinigung für den Personalausweis. Die PM 12a mussten Bürger der DDR nach Abschaffung des Interzonenpasses im November 1953 für Reisen in den Westen beantragen. Bei Aushändigung der Bescheinigung war der Personalausweis beim Volkspolizeikreisamt zu hinterlegen.

25

Hier liegt vermutlich ein Übertragungsfehler vor; gemeint ist offenbar Frankendorf, Kreis Weimar, Bezirk Erfurt.

26



In der SBZ bzw. DDR war die körperliche Züchtigung von Schülern durch Lehrer seit der Schulreform von 1946 verboten.

27

§ 175 des StGB der DDR bezog sich auf die »widernatürliche Unzucht [...] zwischen Personen männlichen Geschlechts oder von Menschen mit Tieren«. Zit. nach: Strafgesetzbuch und andere Strafgesetze. Textausgabe mit Anmerkungen und Sachregister. 6. Aufl., Berlin 1960, S. 107.

28

Vgl. Schmidt, Josef: SBZ-Lehrer haben es schwer im Westen. Pädagogen, die das System vertrieb – Geldsorgen und viel Arbeit am Anfang des neuen Lebens. In: Der Tag v. 15.7.1956, S. 3.

© Copyright by Stasi-Unterlagen-Archiv. Alle Rechte vorbehalten.